

Coronaauswirkungen beschäftigten den Stadtrat in mehrfacher Hinsicht

Zwei Aktuelle Stunden standen am Beginn der Januarsitzung des Stadtrates. Unter dem Thema „Aktuelle Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und ihre Durchsetzung“ und „Konkret: Wie geht die Stadt mit unangemeldeten, illegalen Demonstrationen, also den „Spaziergängen“ in Gera um?“, gestellt von der Ausschuss- und Gremiengemeinschaft SPD – Bündnis 90/Die Grünen – Die PARTEI, ging es um die gegenwärtig immer wieder stattfindenden Spaziergänge in unserer Stadt.

Daniel Reinhardt hob für die Fraktion DIE LINKE hervor, dass Freiheit für ihn bedeutet, alles zu tun, was anderen nicht schadet.

„Ich stelle fest, dass in zwei Jahren der Pandemie in Deutschland noch immer kein krisenfester Umgang gefunden wurde, kein Umgang wie man mit Corona und allen damit verbundenen Regelungen umgeht. Man könnte sagen, unser Rechtssystem, die Demokratie, ist an dieser Stelle schwach. Und es entsteht eine Spaltung... Wie gesagt, klar ist, dass einiges schief läuft, ja Widersprüchliches entsteht!... Es ist kritisch zu bewerten, dass Intensivbetten abgebaut werden, doch ursächlich ist dafür nicht Corona schuld, sondern die verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte im Gesundheitsbereich - Stichworte wie Fallpauschalen, schlechte Entlohnung und Privatisierung der Krankenhäuser seien da genannt. Kritisch ist es für Eltern, die morgen erfahren, dass ihr Kind nicht mehr zur Schule oder in den Kindergarten kann. Kritisch ist es für die Gastronomen, die unter 2GPlus - am besten gleich dicht machen können.

Kritisch für alle Selbständigen und Künstler, denen die Einnahmen wegbrechen und die nicht mehr wissen, wovon sie ihre Miete zahlen sollen.

UND kritisch ist es, dass die Reichen reicher und die, die sich nichts mehr leisten können immer mehr werden...

Ich denke grundsätzlich ist es auch in der Pandemie berechtigt, seine Kritik auf die Straße zu bringen. Sich Gehör zu verschaffen und ernst genommen zu werden. Aber eben unter den bestehenden Regelungen. Wie z.B. Maskenpflicht und Abstandsregelungen...

Und ja, nicht jeder der da mitläuft ist ein Nazi, aber jeder der da mitläuft ist ein Mitläufer, und Sie laufen da Rechts-extremen hinterher!“

In einer persönlichen Erklärung hatte der Oberbürgermeister betont, dass mit dem Demonstrationzug vor sein Wohnhaus für ihn eine rote Linie überschritten wurde. Er unterbreitete eine Gesprächsangebot an Demonstrierende. Dieses Gespräch solle virtuell übertragen werden.

Die zweite Aktuelle Stunde stand unter der Überschrift „Stellenplan umsetzen - Führerscheinstelle besser ausstatten!“ Der Antrag wurde von den Fraktionen DIE LINKE., CDU, Bürgerschaft Gera und SPD gestellt.

Michael Gerstenberger beschrieb selbst Erlebtes bei der Nutzung dieses städtischen Angebotes. Den Oberbürgermeister forderte er auf, hinsichtlich der Erreichbarkeit und der Zugänglichkeit Verbesserungen zugunsten der Bevölkerung vorzunehmen. Er kritisierte, dass die Menschen bei Wind und Wetter ungeschützt vor dem Haus warten müssten, die Zeltunterstellmöglichkeit für mehr als vier Wartende nicht ausreichen würden. Zudem sei die telefonische Erreichbarkeit mehr als schlecht. Ganz zu schweigen davon, dass trotz langer Wartezeit viele keine Möglichkeit hätten, in der Geschäftszeit des Amtes noch vorsprechen zu können.

Sowohl der Oberbürgermeister als auch Bürgermeister Dannenberg hoben hervor, dass sie bemüht seien, die bestehenden Probleme für die Bürger zu beseitigen. Zu berücksichtigen sei jedoch, dass coronabedingt ein Warteaufenthalt im Haus nicht möglich sei. Ähnlich anderen Verwaltungsbereichen gebe es personelle Einschränkungen. Man bemühe sich um den Aufbau und die Nutzung eines Terminvergabesystems wie im H35, allerdings sei dies nicht kurzfristig möglich. Es ist auch nicht möglich, die Öffnungszeiten kurzfristig zu erweitern.

Fazit der Debatte: Seit Monaten sind die Nutzungsschwierigkeiten in der Rathausspitze bekannt. Deren Überwindung soll nunmehr angegangen werden - viel zu spät für jene, die jetzt und in naher Zukunft schnell und möglichst unbürokratisch das Behördenangebot in Anspruch nehmen wollen. Es bleibt zu hoffen, dass die angekündigten Maßnahmen zu einer tatsächlichen Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Beschäftigten der Verwaltung führen werden.

**Zulassungsstelle weiterhin
nur eingeschränkt erreichbar!**

■ Einwohnerfragestunde

Auf die unhaltbaren Zustände im Bereich der **Verkehrssicherheit** (unleserliche Straßenschilder, fehlende bzw. schwer erkennbare Fahrspurkennzeichnungen) wies zum wiederholten Male Herr Meissner den OB, die Verwaltung und den Stadtrat hin. Immer wieder monierte er, dass sich in der Realität wenig an diesen Zuständen ändere. Der OB und Baudezernent Sonntag boten ihm an, die konkreten Sachverhalte an die zuständigen Verwaltungsbereiche zu senden.

Andreas Schubert erinnerte den OB daran, dass dieser im September einer Bürgerin zusagte, sich um die Frage „**Papierkörbe vor dem H35**“ zu kümmern. Darauf erwiderte OB Vonarb, dass seine Verwaltung davon ausgehe, dass die sich im Haltestellenbereich des GVB befindlichen Papierkörbe ausreichend seien, weshalb unmittelbar am H35 keine weiteren aufgestellt würden.

Einen **Brief von Pfllegenden** an jedes Stadtratsmitglied übergab eine Bürgerin. Dieser bezieht sich darauf, dass zum Schutz von vulnerablen Gruppen Beschäftigte in entsprechenden Einrichtungen einen Immunitätsnachweis bis zum Ablauf des 15.03.2022 vorlegen müssen. Die Fraktion wird sich um eine Antwort bemühen und ist dazu auch im Gespräch mit Pfllegenden, die diesen Sachverhalt differenzierter sehen.

■ Pressemitteilung

AFD betreibt Wählertäuschung - mehr Bürgerbeteiligung sei zu teuer

Erneut standen zur gestrigen Stadtratssitzung die von den Einwohnern gewünschten neuen Ortsteilräte in Lusan und im Ostviertel auf der Tagesordnung. Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Geraer Stadtrat:

„Die Verweigerungshaltung der AFD zu mehr Bürgerbeteiligung in unserer Stadt ist empörend. Es zeigt sich erneut, dass die AFD mit gespaltener Zunge spricht. Auf der einen Seite wird den Wählerinnen und Wählern mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie in Wahlprogrammen vorgegaukelt - wird es konkret, steht die AFD auf der Bremse.

So hat der Vorsitzende der AFD-Fraktion Dr. Frank die Ablehnung dieser neuen Ortsteilräte angekündigt, obwohl hunderte Einwohner mit ihrer Unterschrift per Einwohnerantrag ihren Willen auf mehr Beteiligung dokumentiert hatten. Die Arbeit die Arbeit dieser Mitbestimmungsgremien wären „zu teuer“ so die Begründung.“

Ganz offensichtlich ist das Mitwirkungsrecht der Einwohner in Lusan und im Ostviertel für die AFD-Fraktion viel weniger wert, als das der Einwohner in anderen Stadtteilen wie Debschwitz

■ Abgearbeitet

Der Antrag der Linksfraktion, **Gelder für die Instandhaltung des Spielgerätes „Huhn“ im Hofwiesenpark** bereitzustellen, wurde mehrheitlich bestätigt. Auch wenn das ein Erfolg - für Kinder und Eltern - ist, braucht es für den Spielplatz als Aushängeschild unserer Stadt viel mehr Engagement der Stadt.

Die Linksfraktion hatte, gemeinsam mit SPD und Grünen, verschiedene Anträge eingebracht zur **Umwidmung jener städtischen Gelder, die eigentlich für das Tietzkaufhaus vorgesehen** waren. Nach zahlreichen Ausschussdebatten und der Bitte des Baudezernenten, diese Gelder für den Campus 4. Regelschule in Lusan zu verwenden, entschlossen sich die drei Fraktionen, dem nachzukommen. Gleichzeitig wurde die Erwartung an den Finanzdezernenten formuliert, dass die Ursprungsvorschläge der Fraktionen (öffentliche Toiletten, Radwege, Photovoltaikanlagen auf Schulen) bei der Nutzung zu erwartender Fördermittel vom Land prioritär berücksichtigt würden.

Der Antrag der Fraktion, die Kosten für die Wiederaufladung der **Transponderkarten für Sportvereine (12 EUR)** nicht mehrfach in Rechnung zu stellen, wurde mehrheitlich angenommen.

Freibad oder kein Freibad bleibt Dauerstreitthema im Stadtrat. Auf CDU-Antrag wurde die Prioritätenliste für weitere Sportstätten, zu denen das Bad gehört, in die Ausschüsse zurückverwiesen. Unser Fraktionsantrag, endlich dem Bürgerwillen zu entsprechen und das Bad zur Priorität 1 in dieser Liste zu erklären, wurde nicht berücksichtigt. Aber wer weiß, was folgt?!

oder Dürrenebersdorf. Erst vor wenigen Monaten hatten dort neue Ortsteilräte die Arbeit aufgenommen, die sich schon an vielen anderen Stellen im Stadtgebiet seit Jahren bewährt haben.

„Es bleibt zu hoffen, dass es der AFD nicht gelingt, mit diesem merkwürdigen Demokratieverständnis - die Stadt hätte kein Geld für mehr Bürgerbeteiligung - die Ortsteilräte in Lusan und im Ostviertel zu verhindern. Aus dem Kreis der anderen Fraktionen sind die notwendigen 22 Stimmen möglich, wenn im Februar der Stadtrat nun endgültig darüber entscheidet. DIE LINKE steht dafür, dass wir auch in Gera mehr Demokratie wagen und wird dem berechtigten Anliegen der Einwohner zustimmen.“ untermauert Andreas Schubert die Position seiner Fraktion.

Zu diesen und auch den anderen Themen der aktuellen Stadtratssitzung gibt es die Gelegenheit am **Samstag von 10 - 12 Uhr am Infostand in der Zeulsdorferstraße, Höhe REWE-Markt** auch mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN ins Gespräch zu kommen.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Gera	V.i.S.d.P.:	Andreas Schubert (Fraktionsvorsitzender)
Anschrift:	Kornmarkt 12 07545 Gera	Tel.:	03 65 / 8 38 15 30
E-Mail:	die-linke-fraktion@gera.de	Homepage:	https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion/

Sie erreichen uns im Rathaus. Bitte beachten Sie auch die Veröffentlichungen über die Bürgersprechstunden, jeweils dienstags, im Amtsblatt der Stadt Gera.

TIPP: Wenn Sie sich für die umfangreiche inhaltliche Arbeit des Geraer Stadtrates interessieren und mehr wissen wollen, dann finden Sie alle öffentlichen Stadtratsbeschlüsse einschließlich der Protokolle der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates unter <https://gera.ratsinfomanagement.net>